VORTRAGSABEND

Willy Wimmer: „Wir haben unsere Werte verraten“

7. November 2016

Zerstörung in der Stadt Kragujevac nach dem Bombardement der Nato im März 1999: „Spätestens mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien wurde aus der Nato eine global agierende Aggressionsmaschine“, sagt Willy Wimmer. Archivbild: Photo News

Der ehemalige Staatssekretär und Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer (CDU) geht mit der Politik der Europäischen Union hart ins Gericht. Gleichzeitig macht er die Westmächte für die schlechter gewordenen Beziehungen zu Russland verantwortlich. Am Dienstagabend (19 Uhr) referiert der 73-Jährige im Parlament der DG. Im Vorfeld führte das GrenzEcho mit ihm ein Gespräch.

Von Christian Schmitz

„Ist Europa noch zu retten?“, lautet der Titel des Vortrags. Ist Europa noch zu retten?

Diese rhetorische Frage hat eine unglaubliche Aktualität in den letzten Wochen erhalten mit der Debatte um Ceta, dem Freihandelsabkommen der EU mit Kanada. Der Widerstand in der Wallonie hat gezeigt, dass hier wesentliche Fragen der europäischen Entwicklung aufgeworfen worden sind: Wir werden die Interessen einzelner Staaten und Regionen in Europa wahrgenommen? Wie kommen die Interessen in Europa zum Ausdruck, wenn es sich nicht um die Interessen von Konzernen handelt? Und wie wird die demokratische Beteiligung in einem Europa praktiziert, das sich immer mehr von den Menschen entfernt hat und in Brüssel oder Berlin von Nichtregierungsorganisationen und Lobbyverbänden bestimmt wird?

Wie kann man die Fehlentwicklung denn umkehren?

Ganz einfach: Europa muss demokratischer werden. Das haben die innerbelgischen Entscheidungen mehr als deutlich gemacht. Es kann nicht angehen, dass der Wähler als Souverän die letzte politische Größe ist, die die Regierungen in Europa zu beachten haben. Deswegen war die Diskussion um Ceta der letzte große Weckruf, den es in Europa gegeben hat. Doch schon vorher sind die Fehlentwicklungen offensichtlich geworden, denken Sie nur an die Flüchtlingsproblematik und dass sich Europa in diesem Zusammenhang mehr und mehr als Rechtsgemeinschaft aufgelöst hat.

Muss bei Ceta denn jedes einzelne Land abstimmen? Wäre das EU-Parlament dafür nicht der geeignete Ort?

Diejenigen, die das fordern, zeigen deutlich, dass sie nicht begriffen haben, in welche falsche Richtung sich die EU bewegt. Sie versuchen, aus einer Machtposition heraus Interessen durchzusetzen – und das gegen den Willen der Betroffenen in Europa. Bedenken Sie, dass das, was sich in der Wallonie gezeigt hat, vorher ja auch in Österreich oder in Osteuropa – in Ländern wie Polen und Ungarn – zu spüren war.

Was brauchen wir jetzt eigentlich: mehr Nationalstaat oder mehr Europa?

Die Grundlage der Entwicklung muss der Souverän sein, der Souverän in jedem einzelnen Mitgliedsstaat. Wenn wir diesen Souverän aber vor vollendete Tatsachen stellen, indem bisher national verwaltete Kompetenzen auf ein Europa übertragen werden, das vom Bürger nicht mehr kontrolliert werden kann, gehen wir in die falsche Richtung. Mit dem Maastrichter Vertrag 1992 hat diese Fehlentwicklung ihren Anfang genommen.

Warum?

Nehmen Sie als Beispiel Deutschland: Bis dahin war es so, dass das Parlament in Bonn im Endeffekt zu hundert Prozent dafür verantwortlich war, was in Deutschland entschieden wurde. Dann kam der Maastrichter Vertrag und der Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin. Von den hundert Prozent der Kompetenzen in Bonn sind aber nur 20 Prozent der Befugnisse in Berlin angekommen. Die restlichen 80 Prozent gingen nach Brüssel zur EU, kamen dort aber nicht im Sinne demokratisch legitimierter Entscheidungen an. Vielmehr haben sich die schon von mir erwähnten Nichtregierungsorganisationen und Lobbyverbände darüber hergemacht. Sie haben seitdem entschieden, was in Brüssel und Berlin passiert. Das ist gegen die demokratische Gestaltung unserer Staaten. Wenn das nicht korrigiert werden kann, wird Europa scheitern.

Woher soll das kommen? Eine Revolution von oben wird es nicht geben...

...gerade in Zusammenhang mit der Diskussion um die Freihandelsabkommen Ceta und davor schon TTIP (EU-Abkommen mit den USA, A.d.R.) haben wir gesehen, dass es eine sehr bürgerschaftliche Bewegung in den Mitgliedsstaaten gibt. Menschen wehren sich, rufen Verfassungsgerichte an und gehen gegen untätige Parlamente und überforderte Regierungen vor. Das ist völlig neu. Besonders interessant ist in meinen Augen allerdings,

dass es den Bürgern nicht darum geht, eine Revolution zu entfachen. Vielmehr kämpfen sie für die Verfassungen und Grundgesetze, mit denen sie groß geworden sind. Willy Brandt hat mal gesagt: „Mehr Demokratie wagen!“ Das ist aber nicht das Motto von Junckers Europa.

Wie könnten die Prozesse auf EU-Ebene wieder demokratischer gemacht werden?

Es müsste schon damit anfangen, dass wir die Menschen als Souverän in den Mittelpunkt rücken. Dann könnten alle Lebensumstände demokratischer gestaltet werden. Seit 20 Jahren wird der Staatsbürger nur noch als Konsument und Steuerzahler wahrgenommen. Besonders gut sehen wir diese Entwicklung in den osteuropäischen Staaten. Dort sieht man, dass die Demokratie an die Nation gebunden ist. Wenn ich merke, dass die Demokratie nicht an Europa gebunden werden kann – wenn ich das also nicht übertragen kann – scheitert dieser Prozess. Dann wird es die osteuropäische Entwicklung auch bei uns geben. Dann wird uns der Nationalstaat wichtiger sein als eine amorphe Organisation in Brüssel, von der man nie weiß, wer Einfluss auf sie ausübt.

Sie beschäftigen sich ebenfalls intensiv mit dem Verhältnis zwischen dem Westen und Russland. Welche Gründe sehen Sie für die dramatische Verschlechterung?

Nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges gab es eine Reihe von Fehlentwicklungen: So wurde danach nicht die Europäische Gemeinschaft ausgeschickt, um die Beziehungen mit Osteuropa zu verbessern, sondern die Nato. Europa war der Verlierer dieser Entwicklung. Dabei war aber in den Verträgen zur deutschen Wiedervereinigung vereinbart worden, dass Beziehungen mit Osteuropa aufgebaut werden sollten. Man wollte ebenfalls Rücksicht auf alle historischen Komplexitäten nehmen. Doch die USA haben das nicht befürwortet. Der Nato wurde die Priorität eingeräumt.

Die Rolle der Nato hat sich ohnehin stark verändert.

Als Deutschland 1955 der Nato beigetreten ist, sollte es um ein Verteidigungsbündnis gehen. Doch spätestens mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien, der ohne eine Änderung des Natovertrages erfolgt ist, hat sich das geändert. Aus der Verteidigungsallianz wurde eine global agierende Aggressionsmaschine. Die Nato ist bis an die russischen Grenzen herangerückt – völlig entgegen dem Sinn und dem Inhalt der Verträge, die im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung abgeschlossen wurden. Das ist die heutige Situation. Wenn ich in Moskau sitzen würde, würde ich denken: Genau das haben vorher schon Napoleon und Hitler versucht. Das kann doch nicht die europäische Bestimmung sein.

Sie reden ja so, als wäre Russland völlig schuldlos…

…Russland hat jedenfalls nicht das Maß an Verantwortung für die Verschlechterung der Beziehungen. Wir im Westen waren immer die Großmacht des Völkerrechts, wir haben uns den römischen Grundsatz zu Eigen gemacht, dass auch die andere Seite angehört wird. Wie sehr wir jedoch unsere Werte verraten haben, sieht man vor allem an den schlechter gewordenen Beziehungen zu Russland.

Und die Annektierung der Krim? War das etwa kein Bruch des Völkerrechts?

Wir haben zuallererst das Völkerrecht mit dem Krieg in Jugoslawien beseitigt. Das muss man deutlich benennen. Zuerst müssen wir uns anschauen, was in der Ukraine passiert ist: Dort gab es einen von den USA unterstützten Putsch. Und dann haben die drei Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens – Steinmeier, Fabius und Sikorski – einen friedlichen Übergang der Macht in Kiew vereinbart. Doch noch in der Nacht ging der Daumen der USA nach unten – und schließlich haben wir das Massaker auf dem Maidanplatz in Kiew bekommen. Das war ein solcher Verstoß gegen die europäischen Werte, dass es zum Himmel stinkt. Ich erinnere auch an das Frühjahr 2014, als amerikanische Söldnereinheiten die Ostukraine aufgemischt haben, um einen Bürgerkrieg zu entfachen.

Und was ist jetzt mit der Politik Russlands auf der Krim?

Die Krim wurde nicht annektiert. Das ist ein Sprachgebrauch der Nato. Vielmehr hat Russland eine Entscheidung des Regionalparlamentes angenommen und umgesetzt. Das muss man auch im Westen zur Kenntnis nehmen.

Was denken Sie: Wo stehen wir in 20 Jahren?

Das ist sehr schwer zu sagen, aber man kann nur die Hoffnung haben, dass wir an einem großen Krieg vorbeischrammen.

Christian Schmitz
Redaktion "Politik & Gesellschaft"
cschmitz@grenzecho.be